

LEITANTRAG

des CDU-Bundesvorstandes
zum 30. Bundesparteitag in Hamburg,
beschlossen am 21. September 1981

INHALT

	Seite
PRÄAMBEL	2
Frieden und Freiheit sichern	3
Die Soziale Marktwirtschaft erneuern	8
Der Jugend in Bildung und Beruf neue Zukunftschancen schaffen	13
Unser Ziel: Eine menschliche und überschaubare Ordnung in Staat und Gesellschaft	18

PRÄAMBEL

1. Unser Land braucht einen neuen Anfang. In wenig mehr als einem Jahrzehnt hat sich unsere Lage verändert, ist das politische Klima umgeschlagen.

Den meisten Menschen geht es gut und sie haben doch Angst vor der Zukunft. Wir leben in Frieden und doch haben viele Angst vor einem neuen Krieg. Die Bundesrepublik Deutschland und ihre Bürger haben in den vergangenen Jahrzehnten große Leistungen vollbracht. In den vergangenen Jahren jedoch hat die Politik bei den Menschen die Erwartung genährt, der Staat könne ihnen alle Probleme abnehmen. Der Staat hat den Menschen zuviel versprochen, und die Menschen haben zuviel vom Staat erwartet. So kam es, daß die Ansprüche immer mehr wuchsen und der Gemeinsinn immer mehr schwand.

Das Selbstvertrauen in die eigene Kraft muß wiederhergestellt, Gemeinsinn wieder entwickelt werden. Immer mehr Menschen wollen sich mit der Zukunftsangst und dem Pessimismus unserer Tage nicht abfinden. Für uns christliche Demokraten gibt es keinen neuen Anfang ohne Hoffnung auf die Zukunft — und ohne den Glauben an Gott.

Zu diesen Veränderungen unserer seelischen und geistigen Verfassung kommen objektive Herausforderungen, die uns vor neue Aufgaben stellen: den Frieden zu sichern angesichts wachsender Spannungen zwischen Ost und West und Nord und Süd; den tiefgreifenden wirtschaftlichen Strukturwandel zu bewältigen; den sozialen Frieden bei voraussichtlich geringeren wirtschaftlichen Wachstumsraten zu erhalten und den technischen Fortschritt in den Dienst des Menschen zu stellen.

Diese Herausforderungen können wir dann bestehen, wenn wir Frieden und Freiheit sichern,
die Soziale Marktwirtschaft erneuern,
der Jugend in Bildung und Beruf neue Zukunftschancen schaffen,
unserer Gesellschaft wieder eine menschliche und überschaubare Ordnung geben.

Frieden und Freiheit sichern

2. Die Menschen sehnen sich nach Frieden und viele haben Angst vor dem Krieg. Viele weigern sich, den Sinn von Rüstung im atomaren Zeitalter einzusehen. Viele können sich nicht damit abfinden, daß auf dieser Erde jährlich Milliarden für Waffen ausgegeben werden, während Millionen Menschen verhungern, weil ihnen das tägliche Brot fehlt.

Viele fragen sich — und diese Frage ist verständlich — ob die Bereitschaft zur militärischen Verteidigung im atomaren Zeitalter noch gerechtfertigt werden kann, oder ob nicht der Verzicht auf Verteidigung mit der Waffe und der gewaltlose Widerstand geboten sei.

Das christliche Gebot der Nächstenliebe verlangt von uns nicht, wehrlos zu dulden, daß Menschenrechte und Menschenwürde verletzt werden. Der einzelne mag sich für seine Person für Gewaltverzicht und Unterwerfung entscheiden. Die staatliche Gemeinschaft aber hat in jedem Fall die Aufgabe, ihre Bürger vor unrechter Gewalt zu schützen. Es ist, auch in unserer Zeit, sittlich nicht erlaubt, das eigene Volk der Diktatur und der Unfreiheit zu unterwerfen.

Unsere Verteidigungspolitik soll andere davon abschrecken, im Krieg noch ein Mittel der Politik zu sehen. Unsere Außen- und Sicherheitspolitik soll den Ausbruch jeden Krieges oder die Androhung von Gewalt und damit den Verlust von Frieden und Freiheit verhindern. Das Ziel, die Würde und die Rechte des Menschen zu schützen und die Existenz unseres Volkes in Frieden und Freiheit zu sichern, gibt unserer Außenpolitik die ethische Grundlage.

3. Die internationale und innenpolitische Lage hat sich in den letzten Jahren grundlegend gewandelt:

- Verstärkte Spannungen belasten die Ost-West-Beziehungen. Die Erwartungen, die der Westen an die Entspannungspolitik geknüpft hat, haben sich nicht erfüllt. Der Friede ist in den 70er Jahren nicht sicherer geworden.
- Die Bemühungen um Abrüstung und Rüstungskontrolle in Europa und in der Welt sind bisher ohne befriedigendes Ergebnis geblieben.
- Nach zwölf Jahren SPD/FDP-Politik ist die Bündnistreue der Bundesrepublik Deutschland ins Zwielficht geraten und der Verteidigungswille geschwächt. Starke Kräfte in der SPD und Teile der FDP verlangen eine prinzipielle Änderung unseres Verhältnisses zum Atlantischen Bündnis und zu den Vereinigten Staaten. Nicht wenige in der SPD streben sogar eine Neutralisierung Deutschlands an.
- Die Fähigkeit einzelner westeuropäischer Regierungen, vordringliche außen- und sicherheitspolitische Notwendigkeiten gegen innenpolitische

Wünsche durchzusetzen, ist geschwächt. Zum Teil sind sie nicht mehr bereit, ihr Bekenntnis zu den gemeinsamen Wertvorstellungen und Zielsetzungen des Atlantischen Bündnisses in praktische Politik umzusetzen.

- Hunger und Armut in der Dritten Welt nehmen zu. Die Entwicklungslücke zwischen Nord und Süd hat sich noch weiter geöffnet. Die wirtschaftliche Sicherheit der Industrieländer hat sich vor allem im Bereich der Energie- und Rohstoffversorgung verschlechtert.
- Die Sowjetunion nutzt in der Dritten Welt die auftretenden Spannungen vielfach für ihre Zwecke aus, statt im Interesse des Friedens zu ihrer Schlichtung beizutragen und eine ihrer Wirtschaftskraft entsprechende Entwicklungshilfe zu leisten.

Diese Veränderungen stellen die Bundesrepublik Deutschland in den 80er Jahren vor neue Herausforderungen. Wir können diese Herausforderungen nur bewältigen, wenn wir uns erneut auf die politischen und geistigen Grundlagen der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik besinnen und dem unauf löstlichen Zusammenhang von Innen- und Außenpolitik Rechnung tragen.

CDU: Partei des Friedens

4. Die CDU ist Partei des Friedens. CDU und CSU haben eine Politik durchgesetzt, die den Frieden in Europa in den letzten 30 Jahren gesichert hat.
5. Die CDU weiß, daß der Gegensatz von Freiheit und Diktatur die eigentliche Ursache der Spannung zwischen Ost und West ist. Er bestimmt zugleich die geistige und politische Auseinandersetzung im geteilten Deutschland und Europa. Für jedes totalitäre System ist die Freiheit als solche eine Herausforderung und Bedrohung, selbst dann, wenn der Westen einseitig abrüsten würde.
6. Die CDU setzt unbeirrt auf die friedensstiftende Kraft Europas. Sie fordert daher die unverzügliche und entschlossene Fortentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union mit den ihrer weltpolitischen Verantwortung entsprechenden außen-, sicherheits- und wirtschaftspolitischen Entscheidungsbefugnissen. Die CDU ist überzeugt, daß die Europäische Union eine überragende Rolle bei der Bewahrung und Festigung des Weltfriedens zu leisten in der Lage und verpflichtet ist.
7. Wir rufen unsere Partner in der NATO und der EG zu einer umfassenden Friedensinitiative auf, die alle außenpolitischen Möglichkeiten zur Förderung friedlicher Zusammenarbeit ausschöpft, aufeinander abstimmt und an den übergeordneten Zielen der Sicherheit ausrichtet. Das gilt insbesondere für die wirtschaftliche Zusammenarbeit der freien Welt mit der Sowjetunion, die innerhalb des Bündnisses stärker als bisher koordiniert werden muß.

8. Die CDU fordert alle auf, die sich für den Frieden engagieren, in ihrer Friedenssehnsucht die politische Wirklichkeit nicht zu vergessen. Wer die Bundesrepublik Deutschland aus der Gemeinschaft der freien Demokratien lösen will und die einseitige Abrüstung des Westens fordert, beschwört die Gefahr der Anwendung oder Androhung von Gewalt geradezu herauf. Wehrlosigkeit gefährdet den Frieden.

9. Unser besonderer Respekt und unsere Achtung gilt jenen, die den Frieden und die Freiheit unseres Volkes durch den Dienst in der Bundeswehr schützen. Die Verteidigung unseres Landes ist Sache des ganzen Volkes. Sie erfordert die Bereitschaft aller Bürger, für die Sicherheit unseres freien Gemeinwezens einzutreten. Wir respektieren die Wehrdienstverweigerung aus Gewissensgründen.

10. Die grundlegenden Ausrichtungen und Entscheidungen deutscher Außen- und Sicherheitspolitik müssen wieder auf einem möglichst breiten nationalen Konsens beruhen. SPD und Teile der FDP haben diese gemeinsame Grundlage verlassen. Die CDU betont, daß für sie Verteidigungsfähigkeit und Entspannung gleichwertige Elemente deutscher Außenpolitik sind. Die innenpolitischen, insbesondere die wirtschafts- und finanzpolitischen Voraussetzungen für die Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik Deutschland müssen wieder gesichert werden.

11. Der Doppelbeschluß der NATO vom 12. Dezember 1979 soll das Gleichgewicht der Kräfte zwischen Ost und West wiederherstellen. Die CDU bekennt sich vorbehaltlos zu einer konsequenten und zeitgerechten Verwirklichung dieses Beschlusses in seinen beiden Teilen.

Rüstungskontrolle

12. Das wichtigste aktuelle außenpolitische Ziel ist die beiderseitige Begrenzung und Verringerung der Rüstungen und ihr Gleichgewicht auf einem möglichst niedrigen Niveau.

13. Die CDU fordert die Sowjetunion auf, ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit und Entspannung bei den konkreten regionalen und weltweiten Bemühungen um Abrüstung und Rüstungsbegrenzung sowie dadurch zu beweisen, daß sie die völkerrechtswidrige Besetzung Afghanistans durch den Rückzug ihrer Streitkräfte beendet.

Sie ruft die Sowjetunion insbesondere auf:

- der totalen Achtung und Abrüstung chemischer und biologischer Waffen zuzustimmen,
- Fortschritte bei den Verhandlungen über die Verminderung der Streitkräfte (MBFR-Verhandlungen) zu ermöglichen,

- sich konstruktiv an den Abrüstungsbemühungen im Genfer Abrüstungsausschuß zu beteiligen,
- vertrauensbildende Maßnahmen, wie Ankündigung und Beobachtung von Manövern, voll auszuschöpfen und auszubauen,
- die in der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa eingegangenen Verpflichtungen einzuhalten,
- die bevorstehenden Rüstungskontrollverhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika mit dem Ziel des Gleichgewichts auf einem möglichst niedrigeren Niveau der Rüstungen zu führen.

Deutschlandpolitik

14. Das Verlangen nach der Wiedervereinigung Deutschlands muß ein vitales Element der deutschen Politik bleiben. Der Deutschlandvertrag ist für die CDU weder ein stillschweigend erledigtes historisches Ereignis noch ein verdorrtes politisches Ritual. Die staatliche Einheit der deutschen Nation bleibt für uns auch im politischen Alltag verpflichtendes Ziel der Union.

Friedenssicherung und Entwicklungshilfe

15. Ernsthafte Bemühungen um Rüstungsbegrenzung und Abrüstung sind auch notwendig, damit die bisher für Rüstung aufgewendeten Mittel sinnvoller, z. B. für die Bekämpfung des Hungers in der Welt, eingesetzt werden können. Friede ist auf die Dauer unerreichbar bei extremen Unterschieden der Lebensbedingungen der Menschen und Völker. Auch unsere nationale Sicherheit hängt langfristig davon ab, daß durch mehr soziale Gerechtigkeit internationale Stabilität ermöglicht wird. Dies erfordert entsprechende Berücksichtigung in der Finanz- und Haushaltspolitik sowie eine maßvolle Beschränkung unserer Ansprüche: Wir müssen anders leben, damit andere überleben.

16. Die CDU tritt für die Unabhängigkeit und Selbstbestimmung der Dritten Welt ein. Ohne die gleichberechtigte Partnerschaft der Industrie- und Entwicklungsländer sind die gemeinsamen Ziele der Nord-Süd-Zusammenarbeit nicht zu erreichen. Dabei kommt es entscheidend auf das mitmenschliche Engagement jedes einzelnen an. Wir müssen Mitverantwortung übernehmen, um die Lebenschancen der Menschen in der Dritten Welt zu verbessern.

17. Entwicklungshilfe muß in erster Linie Hilfe zur Selbsthilfe sein. Das setzt eine stärkere Einbeziehung der Dritten Welt in den internationalen Handel sowie mehr industrielle Zusammenarbeit, insbesondere durch private Investitionen, voraus. Darüber hinaus müssen wir einen unserer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit entsprechenden Beitrag zur Bekämpfung der Armut und des Hungers in der Vierten Welt übernehmen. Diese Verpflichtungen treffen alle

dazu fähigen Staaten gleichermaßen: auch die Sowjetunion und die osteuropäischen Staatshandelsländer, die zusammen nur ein Zehntel der jährlichen Entwicklungshilfeleistungen der westlichen Industrieländer aufbringen.

18. Ein koordinierter europäischer und mit den USA abgestimmter Beitrag zur Konfliktverhütung und friedlichen Konfliktregelung in der Dritten Welt, insbesondere im Nahen und Mittleren Osten, liegt auch in unserem nationalen Interesse. Die Bundesrepublik Deutschland ist als exportorientiertes und rohstoffarmes Industrieland auf die Dritte Welt angewiesen. Die CDU wird sich daher in einer künftigen Bundesregierung verstärkt um eine europäische Sicherung der für unser Land lebenswichtigen außenwirtschaftlichen Verbindungen und Interessen bemühen.

19. Die CDU/CSU hält eine weltweite Beschränkung des Rüstungsexports unter Einschluß der UdSSR und ihrer Verbündeten für notwendig und fordert daher die Bundesregierung auf, alle Anstrengungen zu unternehmen, um eine international kontrollierte Vereinbarung dieser Art zu erreichen.

Frieden und Zusammenarbeit

20. Die CDU weiß, daß die Völker der Sowjetunion und Osteuropas, nicht zuletzt aus der Erfahrung des Zweiten Weltkrieges, in dem sie Millionen von Todesopfern bringen mußten, in Sicherheit und Frieden leben wollen. Wir haben nach den bitteren Lehren der eigenen Geschichte und angesichts der Leiden unseres eigenen Volkes und anderer Völker feierlich den Gewaltverzicht erklärt. Die CDU fordert aber die Sowjetunion auf, auch das Sicherheitsinteresse anderer Völker als legitim anzuerkennen.

21. Die CDU ist zu einem kontinuierlichen Gedanken- und Informationsaustausch mit der sowjetischen Führung und mit den Regierungen der osteuropäischen Staaten bereit. Er ist auch deshalb notwendig, um das Bewußtsein für gemeinsame europäische Interessen und Aufgaben wachsen zu lassen. Das bedingt, daß wir die politischen Ziele und Motive unserer Gesprächs- und Verhandlungspartner in der Sowjetunion und in Osteuropa verstehen, auch wenn wir mit ihnen nicht einverstanden sind. Das heißt aber auch, daß wir sie nicht über unsere eigene Politik im unklaren lassen.

22. Die CDU tritt dafür ein, den Moskauer Vertrag, den Warschauer Vertrag, den Vertrag mit der CSSR sowie den Grundlagenvertrag mit der DDR als Instrumente deutscher Politik im Interesse des deutschen Volkes und des Friedens zu nutzen und diese Verträge über den Grundsatz des Gewaltverzichts hinaus mit Leben zu füllen.

Um den in diesen Verträgen vereinbarten Zielen, den internationalen Frieden aufrechtzuerhalten und die Entspannung zu erreichen, näherzukommen, be-

darf es weiterer konkreter Schritte zur Verbesserung und Erweiterung der Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem, wissenschaftlichem, technischem und kulturellem Gebiet.

Europäische Gemeinschaft und atlantische Partnerschaft

23. Eine Zukunft in Frieden und Freiheit können wir nur in der Gemeinschaft der freiheitlichen Demokratien sichern.

Ohne das Atlantische Bündnis können die nationalen Interessen Deutschlands nicht verwirklicht werden. Die Einbindung in die Atlantische Allianz und die enge Freundschaft mit den USA bleiben Voraussetzungen aktiver Friedenspolitik.

24. Die Zukunft des Atlantischen Bündnisses wird wesentlich davon bestimmt werden, ob es Europa gelingt, sein Mitspracherecht durch die Übernahme von Mitverantwortung zu untermauern und auszubauen. Dabei wird der weitere Fortgang der Integrationsbemühungen innerhalb der Europäischen Gemeinschaft die größte Bedeutung für die Frage haben, ob eine gleichberechtigte atlantische Partnerschaft gesichert werden kann.

25. Der sich in Europa wegen der unzureichenden politischen Integration ausbreitende nationale Egoismus muß wieder dem europäischen Gesamtinteresse untergeordnet werden. Den Herausforderungen der Zukunft, insbesondere seinen Aufgaben als Partner der Dritten Welt, wird Europa nur als politische Union gewachsen sein. Dazu muß vor allem die politische Integration als Voraussetzung weiterer wirtschaftlicher und sozialer Integration fortgesetzt werden.

Die Soziale Marktwirtschaft erneuern

26. Die Soziale Marktwirtschaft hat unserem Land einen hohen Lebensstandard und vielen Bürgern Wohlstand gebracht. Trotzdem fragen viele, ob unsere Wirtschaftsordnung den heutigen Bedürfnissen noch gerecht wird und den Anforderungen der Zukunft gewachsen ist. Sie sehen ihre natürlichen Lebensgrundlagen bedroht, unersetzbare Ressourcen über Gebühr angegriffen und Arbeitsplätze als Folge des rasanten technischen Fortschritts gefährdet. Vor allem bei jungen Menschen wachsen Zweifel und Unbehagen: Sie fragen nach dem Sinn wirtschaftlichen Wachstums und nach den menschlichen und sozialen Kosten einer ökonomisch erfolgreichen Gesellschaft. Immer mehr Menschen entdecken, daß es Dinge gibt, die einen Wert, aber keinen Preis haben.

Gleichzeitig müssen wir feststellen, daß Wirtschaft und Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland sich in einem Prozeß tiefgreifender Veränderung

gen befinden und wirtschaftliche und soziale Sicherung durch eine fehlerhafte Politik der vergangenen 10 Jahre immer mehr gefährdet werden. So richtig die Erkenntnis ist, daß wirtschaftliches Wachstum eine dem Menschen dienende Funktion hat, so richtig ist es aber auch, daß wir heute angesichts der realen wirtschaftlichen Situation die wirtschaftlichen Voraussetzungen wieder schaffen müssen, um auch in Zukunft soziale Gerechtigkeit finanzieren, dadurch den sozialen Frieden sichern und so die wirtschaftliche und gesellschaftliche Produktivität wieder steigern zu können.

Heute stellt sich uns deshalb die Aufgabe, die Soziale Marktwirtschaft unter veränderten Bedingungen zu erneuern. Wir erkennen dabei, daß die geistig-ethischen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft, vor allem die Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität, in der Vergangenheit nicht immer verständlich genug gemacht und konsequent angewandt worden sind. Freiheit und soziale Gerechtigkeit können nicht durch eine wachsende Staatsquote und eine immer höhere Staatsverschuldung, sondern nur durch praktizierte Solidarität und Subsidiarität dauerhaft verwirklicht werden.

Deshalb treten wir dafür ein, daß der Staat nicht regeln soll, was der einzelne oder die Gemeinschaft aus eigenen Kräften leisten können. Mitmenschlichkeit und Hilfe zur Selbsthilfe dürfen nicht reglementiert, sie müssen gefördert werden.

Vereine, offene Hilfen und demokratische bürgerschaftliche Aktionen finden unsere nachhaltige Unterstützung. Staatliche soziale Leistungen dürfen nicht dazu mißbraucht werden, um Abhängigkeitsverhältnisse zu begründen.

Das Prinzip der Solidarität gebietet es, die eigene Leistung auch als Hilfe für die Gemeinschaft und als Vorsorge für die nächste Generation zu begreifen. Daraus folgt: Ansprüche und materielle Besitzstände finden dort ihre Grenze, wo sie zu einer Verminderung der Lebenschancen anderer oder zu einer unververtretbaren Belastung kommender Generationen führen. Dies gilt für die ökonomischen und ökologischen Grundlagen unseres Zusammenlebens gleichermaßen.

Zu den geistigen Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft gehören die Anerkennung der Leistung, Wettbewerb, Eigenverantwortung, Dezentralisierung und Autonomie der Unternehmen. Sie sind im letzten Jahrzehnt schwer gefährdet worden. In ihrem Zusammenwirken stellen sie aber die unabdingbare Voraussetzung dafür dar, daß junge Menschen auch in Zukunft Arbeit finden, daß ihre Bildung und Ausbildung finanzierbar bleibt und daß sie sich auch in Zukunft auf einen leistungsfähigen Staat verlassen können.

Deshalb fordert die CDU:

27. Vorrang in der Wirtschaftspolitik muß die Förderung der Leistungsbereitschaft und Investitionsfähigkeit von Arbeitnehmern und Unternehmern ha-

ben. Unternehmer und Arbeitnehmer müssen sich wieder auf die Stetigkeit staatlichen Handelns, vor allem in der Steuer- und Abgabepolitik verlassen und dadurch wieder Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft erwerben können.

28. Um die notwendigen Investitionen zu ermöglichen, werden wir die Eigenkapitalbildung der Unternehmen stärken und die Diskriminierung von Eigenkapital gegenüber Fremdkapital beseitigen. Die Bildung von Produktivvermögen in der Hand von Arbeitnehmern ist eine zwingende gesellschaftspolitische Notwendigkeit und zugleich eine wichtige Möglichkeit, die Eigenkapitalbildung zu verbessern.

29. Die Privatisierung der in staatlichem Besitz befindlichen Großunternehmen und die gleichzeitige Beteiligung der Arbeitnehmer an diesem Produktivvermögen ist eine wichtige Forderung der Sozialen Marktwirtschaft.

30. Wir werden die modernen Techniken fördern, von denen die Zukunft unseres Landes abhängt. Wir werden eine Offensive der Diskussion über die Chancen und Risiken moderner Techniken einleiten. Wir werden nicht zulassen, daß durch die Blockade von Zukunftsinvestitionen Zukunftschancen verspielt, wirtschaftliche und soziale Krisen in der Zukunft heraufbeschworen werden. Wir wissen, daß nicht alles dem Menschen Mögliche auch das dem Menschen Gemäße ist. Der Mensch muß Herr der Technik bleiben. Wir wissen aber auch, daß die positive Bewertung von Technik und technologischem Fortschritt eine wichtige Voraussetzung ist, neue Aufgaben zu lösen und dem Menschen wieder Hoffnung auf eine bessere Zukunft zu geben. Wir werden deshalb die Einführung neuer Medientechniken wie z. B. die Breitbandverkabelung ermöglichen und dadurch zugleich zu einem höheren Maß an Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt in unserem Land beitragen.

31. Wir brauchen für eine ausreichende Energieversorgung alle Energieträger und eine rationelle und sparsame Verwendung von Energie. Wir werden die neuen dezentralen Energietechniken wie den Ausbau der Fernwärme einschließlich der Nutzung der industriellen Abwärme, der aus der Müllverbrennung gewonnenen Energien und der Technik der Wärme-Kraft-Koppelung durchsetzen.

Wir fordern mehr Rechtssicherheit für alle, die über Energieinvestitionen entscheiden müssen, damit sie von gesicherten Rechtsgrundlagen ausgehen können. Einen unverzichtbaren Beitrag zur Energieversorgung wird die Kernenergie zu leisten haben. Wir müssen die über die heutigen Leichtwasserreaktoren hinausführenden und schon heute vorhandenen modernen Entwicklungen vom Hochtemperaturreaktor bis über die Modulreaktoren in der Forschung unterstützen. Die deutsche Kernenergietechnik liegt sowohl hinsichtlich des Sicherheitsstandards wie auch in der Minderung der Strahlenabgabe im Normalbereich international in der Spitze. Zur Lösung der Entsorgungsprobleme muß ein Entsorgungskonzept erarbeitet werden, das von allen politisch Ver-

antwortlichen gemeinsam getragen wird und dem Schutz künftiger Generationen Rechnung trägt.

32. Die bürokratischen Bremsklötze für Investitionen müssen beseitigt werden. Der Bundesparteitag der CDU unterstreicht die Notwendigkeit, die im Entbürokratisierungsprogramm der CDU vom Bundesvorstand der CDU am 3. Dezember 1979 beschlossenen Maßnahmen (wie z. B. Steuervereinfachung, Abbau der Gesetzesflut, Verfahrensvereinfachung) rasch zu verwirklichen.

33. Wir werden den geordneten Wettbewerb weiter gesetzlich sichern und im Bereich der Fusionskontrolle verbessern. Übermäßige Unternehmenskonzentrationen sind wettbewerbsfeindlich. Die Kompetenzen des Kartellamtes werden wir im Sinne einer stärkeren Wirksamkeit der Kartellgesetze verstärken.

34. Wir fordern die Begrenzung der Steuer- und Abgabenbelastung, ein Abbremsen des Schuldenzuwachses und eine Rückführung der Staatsquote. Unser Ziel ist es, eine Gesundung der Staatsfinanzen über die Ausgabenseite zu erreichen.

Wir werden dafür eintreten, alle Subventionen und Finanzhilfen des Staates mit dem Ziel zu überprüfen, Einsparungen von insgesamt 5% zu erreichen.

35. Während die SPD Steuern und Schulden erhöhen will, um den staatlichen Aktionsradius zu erweitern, will die CDU Steuern und Schulden vermindern mit dem Ziel, staatliche Aufgaben zu beschränken und die Erfüllung öffentlicher Aufgaben so weit wie möglich in die Hände der Bürger selber und ihren freien Organisationen zu legen.

36. Der Arbeitsmarkt steht in den 80er Jahren vor besonderen Belastungen (rückläufige Wachstumsraten, Strukturwandel, der Eintritt geburtenstarker Jahrgänge in das Erwerbsleben sowie Grenzen der Aufnahmefähigkeit des öffentlichen Dienstes).

Wir finden uns mit der Arbeitslosigkeit nicht ab. Eine Gesellschaft mit über zwei Millionen Menschen, die ständig keine Arbeit haben, ist weder gerecht noch in der Lage, den sozialen Frieden zu sichern.

Auch in Zukunft wird das wirtschaftliche Wachstum im Kampf um die Vollbeschäftigung seine Bedeutung behalten, die soziale Absicherung unverzichtbar sein. Aber in Zeiten rückläufiger Wachstumsraten und knapper werdender öffentlicher Mittel werden Grenzen der traditionellen Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik sichtbar.

37. Angesichts der absehbaren Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt in den 80er Jahren ist zu fragen, ob Vollbeschäftigung im überkommenen Sinn mit den bisherigen Mitteln überhaupt noch zu erreichen ist, ob Vollbeschäftigung bedeuten muß, daß alle, die arbeiten wollen und können, während ihres ganzen Arbeitslebens täglich acht Stunden arbeiten oder wie die Arbeit zu bewerten ist, die außerhalb des herkömmlichen Arbeitsmarktes geleistet wird.

38. Wir wollen heute schon die Strukturen auf dem Arbeitsmarkt und im Arbeitsleben flexibler, differenzierter und weniger zentralistisch gestalten. Undifferenzierte Forderungen, wie z. B. nach einer 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich, erfüllen diese Anforderungen nicht, sondern würden im Gegenteil die Arbeitsmarktprobleme weiter verschärfen.

Wir wollen einen größeren Entscheidungsspielraum des einzelnen bei der Bestimmung der Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeit, damit die Übergänge zwischen den Lebensbereichen und -phasen fließender werden.

39. Die Zahl der Arbeitnehmer wächst, die bereit sind, für eine kürzere Arbeitszeit auch Einkommensverluste hinzunehmen, während andere, die arbeiten wollen und können, keinen (Teilzeit-)Arbeitsplatz finden. Wir wollen deshalb durch eine qualitative Arbeitsmarktpolitik die Zahl der Arbeitsplätze vermehren und gleichzeitig den Freiheits- und Selbstbestimmungsraum des einzelnen erweitern. Wir sind gegen eine Politik, die Arbeitslosigkeit lediglich verwaltet, und für eine Politik, die der Arbeitslosigkeit vorbeugt und sie gar nicht entstehen läßt.

40. Teilzeitarbeitsplätze müssen vermehrt angeboten werden, wo immer dies wirtschaftlich möglich und von den Aufgaben her zu rechtfertigen ist. Wir setzen uns ein für neue Formen der Arbeitsteilung, wie z. B. das von uns vorgeschlagene Job-sharing. Und wir treten dafür ein, daß gesetzliche, bürokratische und tarifvertragliche Hindernisse, die einem größeren Entscheidungsspielraum des einzelnen in der Bestimmung der Tages-, Wochen- und Lebensarbeitszeit entgegenstehen, schrittweise beseitigt werden. Wir wollen, daß derjenige, der früher aus dem Erwerbsleben ausscheiden will, dazu die Möglichkeit erhält, wenn er bereit ist, bei der Altersversorgung versicherungsmathematische Abschläge hinzunehmen.

41. Es bleibt wichtig, die Arbeitslosigkeit vorbeugend zu verhindern. Unverzichtbar für uns sind deshalb die Maßnahmen, die die CDU im Arbeitsförderungsgesetz neu geschaffen hat, wie z. B. Förderung der beruflichen Ausbildung, Fortbildung und Umschulung, und die dazu beitragen, Arbeitslosigkeit erst gar nicht entstehen zu lassen. Das Arbeitsförderungsgesetz ist nach wie vor im Grundsatz richtig.

42. Wir werden aber auch dafür sorgen, daß der Mißbrauch des Arbeitsförderungsgesetzes unterbunden wird und daß derjenige, der einen zumutbaren Arbeitsplatz ausschlägt, obwohl er arbeiten kann, den Anspruch auf Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe verliert. Wer arbeiten kann, ist zur Leistung verpflichtet. Anders kann die Gemeinschaft denen nicht helfen, die zur Leistung nicht fähig sind, z. B. den Kranken, den Schwerbehinderten, den alten Mitbürgern.

43. Gerade in einer Zeit knapper Kassen muß sich die soziale Gerechtigkeit erst eigentlich bewähren. Nicht der Sozialstaat, sondern eine auf Quoten fi-

xierte, quantitative, bürokratisierte und auf die Umverteilung von Geldleistungen eingeschränkte Sozialpolitik ist an ihre Grenzen gestoßen.

Die CDU verlangt deshalb eine neue qualitative Sozialpolitik, die auch Antworten auf die neuen sozialen Fragen gibt.

44. Die sozialen Leistungen müssen auf diejenigen konzentriert werden, die sich selber nicht helfen können. Die durch eigene Leistung oder Aufopferung für die Gemeinschaft erworbenen Rechtsansprüche müssen geschützt werden. Das Versicherungsprinzip, das Leistung und Gegenleistung zur Grundlage hat, darf weder durch eine Einheitsversicherung noch durch die Ausdehnung des Versorgungsstaates auf die Sozialversicherung beseitigt werden.

45. Wir wollen die soziale Wirksamkeit der sozialpolitischen Mittel erhöhen. Lernmittelfreiheit, Fahrtkostenzuschüsse etc. z. B. sind für diejenigen Bürger nicht notwendig, die ein hohes Einkommen haben.

46. Bei der Verwirklichung von Sparmaßnahmen muß besonders darauf geachtet werden, daß die großen Organisationen, die über die entsprechenden Droh- und Störpotentiale verfügen, sich nicht zu Lasten der Nichtorganisierten oder der Minderheiten durchsetzen. Soziale Verteilungskonflikte dürfen nicht nach dem Gesetz des Dschungels, d. h. nach dem Recht des Stärkeren, entschieden werden. Es ist heute besonders notwendig, daß die CDU sich als Anwalt derer versteht, die ohne eine mächtige Lobby sind.

47. Eine der wichtigsten neuen sozialen Fragen ist die Sicherung des Generationenvertrages. Er kann nur Bestand haben, wenn die jeweils arbeitende Generation durch ihre Beiträge für die Sicherung der Alterseinkommen und gleichzeitig durch Kinder für den Bestand der Gemeinschaft sorgt. Der Generationenvertrag umfaßt also drei Generationen. Deshalb muß neben der Beitragsleistung auch die Erziehungsleistung als ebenbürtige Leistung zur Sicherung des Generationenvertrages anerkannt werden.

Dieser Dreigenerationenvertrag ist heute gefährdet. Unsere Gesellschaft ist kinderfeindlich geworden. Wir werden auch weiterhin besonders die kinderreichen Familien ideell und materiell unterstützen.

Der Jugend in Bildung und Beruf neue Zukunftschancen schaffen

48. Durch die großen Anstrengungen der letzten 20 Jahre hat sich im Bildungsbereich manches gebessert, doch selten war die Unzufriedenheit von Schülern, Eltern und Lehrern mit unserem Bildungswesen so groß wie gerade heute. Fehlentwicklungen gefährden das Erreichte.

Wir stehen heute vor der Aufgabe, Fehlentwicklungen zu korrigieren und die neuen Herausforderungen im Blick auf die Zukunftschancen der jungen Generation anzunehmen.

I. Bildung und Erziehung als Aufgabe

49. Bildungs- und Erziehungsziele müssen dem im Grundgesetz und in den Landesverfassungen erreichten Grundkonsens von Werten und Normen entsprechen. Danach sind Lehrpläne zu gestalten, ist die Zulassung von Schulbüchern zu regeln und muß sich vor allem der Schulalltag richten. Dafür trägt jede Regierung gegenüber Parlament und Bevölkerung Verantwortung.

Auch die Schule muß ihren Beitrag dazu leisten, daß junge Menschen den demokratischen und sozialen Rechtsstaat aus Überzeugung bejahen und für die Erhaltung unserer freiheitlichen Ordnung eintreten. Dazu zählt auch, daß die Schule Formen der Mitgestaltung anbietet, die eine Einübung dieser Ziele durch konkrete Aktivitäten möglich macht. Der Unterricht muß ein vertieftes Verständnis für unsere Geschichte vermitteln.

50. Das Schulwesen muß den unterschiedlichen Begabungen und Fähigkeiten und dem unterschiedlichen Leistungsvermögen der Menschen gerecht werden und deshalb vielfältig gegliedert sein. Im gegliederten Schulwesen haben Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Sonderschule einen je eigenständigen pädagogischen Auftrag. Nivellierende Integrationssysteme lehnt die CDU auch weiterhin entschieden ab. Gesamtschulen müssen — dort wo sie bestehen — in Leistungsfähigkeit und in der Vermittlung qualifizierter Abschlüsse den gegliederten Schulen gleichwertig sein. Die Gesamtschule ist für uns keine Regelschule, sondern eine Angebotsschule.

51. Der Vielfältigkeit der Begabungen entspricht ein differenziertes, eigenständiges und durchlässiges System der beruflichen Bildung — gleichwertig dem allgemeinbildenden Schulwesen —, das das „duale System“ ebenso umfaßt wie berufliche Fachschulen aller Ebenen.

52. Die Schule kann auf Leistung genauso wenig verzichten wie unsere Gesellschaft. Aber der ökonomisch verengte Leistungsbegriff aus der Berufswelt kann weder auf die Schule noch auf die ganze Gesellschaft übertragen werden. Die Leistung muß auch in der Schule ihre soziale Dimension behalten: Leistung nicht nur im Wettbewerb, sondern auch in der Solidarität mit anderen. Jede Begabung ist für die Entwicklung der Einzelperson wichtig, sie ist aber zugleich auch eine Verpflichtung für die Gemeinschaft. Weniger oder einseitig Begabte haben genauso Anspruch auf Förderung wie Hochbegabte.

53. Die Leistung unseres Bildungswesens muß internationalen Vergleichsmaßstäben gerecht werden. Ein internationales Bildungsgefälle zu Lasten der Bundesrepublik Deutschland muß im Interesse der Lebenschancen der jungen Generation verhindert werden. Die CDU setzt sich für die Förderung von Hochbegabten ein, aus welchen gesellschaftlichen Schichten auch immer sie kommen. Unser Land braucht sie in allen Bereichen kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Tätigkeit, den Forscher ebenso wie den qualifizierten Fach-

arbeiter. Die Heranbildung von Eliten muß als Aufgabe des gesamten Bildungssystems begriffen werden.

54. Den Eltern kommt ein umfassendes Erziehungsrecht als Grundrecht zu. Der Staat hat auch in Schule und Unterricht die Aufgabe, das elterliche Erziehungsrecht zu schützen. Die Schule darf nicht länger eine Veranstaltung allein zwischen Lehrern und Schülern sein. Bildungspolitik und Schulalltag müssen mit den Eltern, sie dürfen nicht gegen sie gestaltet werden. Fragen des Unterrichtsinhalts, der Auswahl der Schulbücher und der Behandlung zeitgeschichtlicher, politischer und kultureller Themen müssen ebenso wie das gesamte Schulleben von den Eltern mitgeprägt werden können.

II. Mehr Menschlichkeit in der Schule

55. Die CDU fordert überschaubare Schulen, kleinere Klassen, kürzere Schulwege. Auch in Zeiten knapper Kassen darf dies nicht aus finanziellen Gründen scheitern. Grundsätzlich gilt: Die Kinder sollen nicht in großen Bussen zu den Lehrern verfrachtet werden, sondern umgekehrt: Die Lehrer sollen zu den Kindern fahren.

56. Die CDU setzt sich für die Verkürzung der überlangen Ausbildungszeiten ein. Auf dieser Grundlage strebt die CDU bis zum Ende der 80er Jahre die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit auf zwölf Jahre an. Sie sieht das Gymnasium als pädagogische Einheit und lehnt eine Abtrennung der Jahrgangsstufe 5 und 6 sowie der Oberstufe ab. Ein Ziel der Studienreform muß es sein, die Studienzeiten zu verkürzen. Ein zehntes Pflichtschuljahr in der Hauptschule lehnt die CDU ab. Eine stärkere Differenzierung und Flexibilität der Dauer der beruflichen Erstausbildung, etwa durch vermehrte Möglichkeiten der vorgezogenen Abschlußprüfungen oder durch Phaseneinteilungen mit Teilabschlüssen, würden ebenso der generellen Straffung der Erstausbildung dienen wie der Verbesserung der individuellen Erfolgchancen.

57. Das Lernziel der Schule, die Sprache im Unterricht und der Inhalt der Schulbücher müssen von falschem wissenschaftlichen Ehrgeiz befreit werden. Es kann nicht bei einer Entwicklung bleiben, daß Schüler immer mehr lernen müssen und dennoch immer weniger wissen. Die Schule darf nicht bloß Wissen anhäufen, die Schüler müssen wieder mehr das Lernen und Denken lernen. Lesen, Schreiben, Rechnen müssen in der Schule wieder intensiver eingeübt werden.

58. Die CDU tritt für eine verstärkte Förderung der staatlich anerkannten Privatschulen und gleichwertigen Schulen in freier Trägerschaft ein. Auch im Hochschulbereich kann größere Vielfalt durch Universitäten in freier Trägerschaft entstehen. Die Kultusminister der unionsregierten Länder werden aufgefordert, Modellvorschläge zu entwickeln. Diese können sich auf Teilbereiche der Hochschule beschränken, wie z. B. auf postgraduierte Studiengänge.

59. Der CDU ist die Verbesserung der Ausbildungschancen für die Kinder ausländischer Mitbürger ein besonderes Anliegen. Die Schule muß dem ausländischen Schüler die Möglichkeit geben, insbesondere durch intensiven Unterricht in der deutschen Sprache, an den Bildungsangeboten in Deutschland in vollem Umfang teilzunehmen. Die Schulorganisation muß so angelegt sein, daß die deutschen Schüler nicht in ihren Bildungsmöglichkeiten durch einen übergroßen Ausländeranteil mit mangelnden Kenntnissen der deutschen Sprache behindert werden.

III. Bildung und Ausbildung durch individuelle Förderung

60. Die Hauptschule muß ihren geachteten Platz im Bildungswesen wieder zurückgewinnen. Die CDU wird deshalb dafür sorgen, daß die Hauptschule wieder eigene Vorzüge erhält, zum Beispiel:

- kleine Klassen, kleine Schulen,
- familiennaher Schulort,
- besonders qualifizierte und ortsverbundene Lehrer,
- kürzere, nicht über neun Jahre hinausgehende Regelschulzeit,
- enge Berufsbezogenheit durch ein breites Angebot von berufsnahen Arbeitsgemeinschaften unter Mitwirkung von Praktikern (Handwerksmeister und Ausbilder),
- günstigere Regelung der Zugangsvoraussetzungen zu bestimmten Berufen.

61. Das duale System, d. h. die praxisnahe Kombination von betrieblicher Ausbildung und Berufsschule, ist auch im Blick auf sinkende Nachwuchszahlen zu erhalten und weiter auszubauen. Das Berufsgrundbildungsjahr in Schule und Betrieb (sogenanntes „kooperatives Grundbildungsjahr“) ist in der Regel rein schulischen Formen des Berufsgrundbildungsjahres vorzuziehen. Das Berufsgrundbildungsjahr ist kein Schul-, sondern ein Lehrjahr. Das berufliche Fachschulwesen auf allen Ebenen ist in quantitativer und qualitativer Abstimmung mit dem „dualen System“ den modernen beruflichen und pädagogischen Anforderungen immer wieder anzupassen. Der Fortbildung der Berufsschullehrer kommt wegen ihrer Nähe zur beruflichen Praxis besondere Bedeutung zu.

62. In der Oberstufe des Gymnasiums sind erhebliche Korrekturen notwendig, um erkennbare Mängel zu beheben. Dazu gehört eine überschaubare Organisation, Klarheit und Eindeutigkeit bei den Leistungsanforderungen, eine Vereinfachung des Notensystems und eine spürbare Verringerung des Verwaltungsaufwandes.

Wir fordern eine stärkere Berücksichtigung der Kernfächer bei der Wahl der Leistungskurse. Voraussetzung für die allgemeine Hochschulreife ist eine breite Grundbildung. Deshalb müssen bei der Weiterentwicklung der Ober-

stufe die Grundkurse stärker gewichtet werden, um eine zu frühe und einseitige Spezialisierung zu vermeiden.

Die CDU tritt dafür ein, daß im Pflichtkanon der Oberstufe des Gymnasiums die Fächer Deutsch, Fremdsprachen, Mathematik, Geschichte und ein weiteres naturwissenschaftliches Fach bis zum Abitur geführt werden müssen.

63. Die notwendige Abstimmung zwischen Bildungs- und Beschäftigungswesen muß verbessert werden, darf aber weder durch individuelle Zuordnung des einzelnen zu bestimmten Berufen noch durch planwirtschaftliche Steuerung der Ausbildungsangebote erfolgen. Die Information und Beratung junger Menschen über ihre Berufsaussichten ist zu verbessern. Im Studium müssen Formen einer extremen beruflichen Spezialisierung abgebaut werden. Den Abiturienten müssen vermehrt Alternativen zum Studium, vor allem im beruflichen Bildungssystem, angeboten werden, z. B. Berufsakademien. Die berufsqualifizierenden Abschlüsse müssen allgemein anerkannt werden. Es muß angestrebt werden, die Zugangsvoraussetzungen im staatlichen Laufbahnwesen unabhängiger vom Niveau bestimmter Bildungsabschlüsse zu gestalten.

IV. Lehrerbildung

64. Die CDU tritt dafür ein, daß in der Lehrerbildung die pädagogischen Fähigkeiten wieder wesentlich stärker gefördert werden als bisher. Der Beruf des Lehrers ist kein „Job“ wie jeder andere. Die Ausbildung der Lehrer muß deshalb auch die Vermittlung eines pädagogischen Berufsethos zum Inhalt haben.

65. Die CDU fordert von allen Lehrern die Bereitschaft, unsere Verfassung und den politischen Grundkonsens unserer Gesellschaft zur Grundlage der Erziehung in der Schule zu machen und der jungen Generation Sympathie und eine positive Haltung zu unserer staatlichen und vom Grundgesetz gewollten Gesellschaftsordnung zu vermitteln.

66. Lehrer sind bei der Erfüllung ihrer Aufgabe in der Schule den Eltern ihrer Schüler verantwortlich. Die CDU setzt sich dafür ein, daß qualifizierte Lehrer den notwendigen pädagogischen Freiraum zur Erfüllung ihrer erzieherischen Aufgaben haben.

V. Hochschule

67. In der Hochschul- und Wissenschaftspolitik müssen wieder deutliche Prioritätsentscheidungen zugunsten einer höheren Qualität von Wissenschaft, Lehre und Forschung geschaffen werden. Die gegenwärtige Überlastung der Hochschulen mit sehr vielen Studenten auf knappen Studienplätzen darf we-

gen der damit verbundenen Auswirkungen auf die Qualität von Lehre, Studium und Forschung nicht zu einem Dauerzustand werden.

68. Das Studium muß dem jungen Menschen sowohl zur Ausbildung als auch zur Entwicklung seiner Persönlichkeit dienen. Deshalb ist es wichtig, daß dem Studenten genügend Freiraum zu eigenverantwortlichem Handeln in der Hochschule eingeräumt wird. Trotz der notwendigen Differenzierung und Spezialisierung im Ausbildungssystem muß der Überblick über Gesamtzusammenhänge erhalten bleiben. Wir wollen qualifizierte Akademiker, die über ihre fachliche Bildung hinaus in der Lage und bereit sind, Verantwortung in Staat und Gesellschaft zu tragen. Deshalb fordert die CDU eine sinnvolle Studienreform, die bisherige Lerninhalte kritisch überprüft und das fachübergreifende Grundlagenwissen betont.

69. Für viele Familien bedeutet das Studium ihrer Kinder eine hohe finanzielle Belastung. Deshalb setzt sich die CDU für eine gerechte Unterstützung von Studenten aus Elternhäusern mit geringem Einkommen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFÖG) ein. Die CDU hält es allerdings für dringend geboten, eine Alternative zur derzeitigen Ausbildungsförderung zu entwickeln, damit die knappen Mittel sinnvoll eingesetzt werden können.

70. Um unseren hohen wissenschaftlichen Standard aufrechterhalten zu können, muß der qualifizierte wissenschaftliche Nachwuchs — also insbesondere die Graduierten — intensiv gefördert werden. Diese Aufgabe kann vom Staat nicht allein privaten Trägern überlassen werden.

Unser Ziel:

Eine menschliche und überschaubare Ordnung in Staat und Gesellschaft

71. Der demokratische Rechts- und Sozialstaat hat den Menschen Schutz der Grundrechte, Achtung der Menschenwürde und soziale Sicherheit gebracht. Die rechtsstaatliche Ordnung und die Sicherung vor den Grundrisiken des Lebens wie Alter, Krankheit, Unfall oder Arbeitslosigkeit waren wesentliche Voraussetzung für die Verwirklichung der individuellen Freiheit des Menschen.

Heute stellt sich die politische Aufgabe anders. Heute greift der Staat immer mehr in alle Lebensbereiche seiner Bürger regelnd ein. Persönliche Verantwortung wird immer mehr zurückgedrängt. Um diese Fehlentwicklung zu stoppen, bedarf es einer Neuorientierung in Staat und Gesellschaft. Dazu gehört aber auch eine Wiederbelebung menschlicher Tugenden. Das Selbstvertrauen in die eigene Kraft muß wieder hergestellt, Gemeinsinn wieder entwik-

kelt werden. Der Einforderung von Rechten gegenüber dem Staat muß eine Bereitschaft zur Erfüllung von Pflichten durch den einzelnen entsprechen.

I. Für eine Gesellschaft mit menschlichem Gesicht

72. Die Verwirklichung der Freiheit bedarf der eigenverantwortlichen Lebensgestaltung nach dem Prinzip der Subsidiarität.

Deshalb muß der Staat auf die Übernahme von Aufgaben verzichten, die der einzelne oder jeweils kleinere Gemeinschaften erfüllen können. Was der Bürger allein, in der Familie und im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen ebensogut leisten kann, soll ihm vorbehalten bleiben.

73. Wir wollen keine Gesellschaft, in der sich entwurzelte Menschen mit Mißtrauen und Neid begegnen. Wir wehren uns gegen eine Gesellschaft, in der Kinder ihren Eltern entfremdet und in Schulfabriken durchgeschleust werden. Wir wollen keine Mammutkrankenhäuser, in denen Kranke nur noch als Behandlungsnummer registriert werden. Ein Staat, der dem Menschen die schöpferische Freiheit einengt und die private Initiative nimmt, ist nicht der Staat unseres Grundgesetzes.

74. Deshalb treten wir ein für das vorrangige Erziehungsrecht der Eltern. Unser Leitbild ist die partnerschaftliche Familie, in der Kinder Wärme, Geborgenheit und Liebe erfahren und früh die Grundtugenden menschlichen Zusammenlebens in einer Atmosphäre des Vertrauens erwerben.

75. Wir wollen überschaubare Gemeinden, in denen die Menschen als Bürger mitwirken können und die Chance haben, soziale, sportliche, kulturelle Einrichtungen in eigener Trägerschaft zu führen.

76. Wir wollen eine Stärkung des Föderalismus nicht nur im Verhältnis der Länder zum Bund, sondern auch im Verhältnis der Gemeinden zu den Ländern. Wir fordern eine Überprüfung der Gemeinschaftsaufgaben und die Abschaffung der Mischfinanzierung.

77. Wir wollen eine wirtschaftliche Ordnung mit möglichst vielen kleinen und mittleren Betrieben, die gewährleistet, daß die Menschen dort, wo sie wohnen, auch arbeiten und dort, wo sie arbeiten, auch eine Wohnung finden können.

78. Wir fordern eine verständliche Sprache des Staates gegenüber den Bürgern. Eine verständliche Sprache, die es ermöglicht, daß der Bürger die staatliche Ordnung versteht. Die Politiker und die Beamten sollen ihre Aufgabe in dem Bewußtsein erfüllen, daß sie Diener des Staates und seiner Bürger sind. Die Gesetze des Staates werden im Interesse der Bürger gemacht. Dies muß den Verwaltungen und Behörden bei der Anwendung und Auslegung der Gesetze bewußt sein.

79. Unser Ziel einer gesellschaftlichen Ordnung ist die Entfaltung des Menschen als personales und soziales Wesen, der Vorrang freier Träger vor staatlicher Organisation, Dezentralisation statt Zentralismus, Wettbewerb statt staatlicher Dirigismus, Selbstverwaltung statt Bürokratie.

II. Für eine Wiederbelebung menschlicher, sozialer und bürgerlicher Tugenden

80. Eine solche Gesellschaft kann allerdings nur Bestand haben, wenn die Menschen eine solche Gesellschaftsordnung durch gelebte Tugenden unterstützen. Gemeinsinn muß sich paaren mit Eigenverantwortung und Hilfsbereitschaft, Selbständigkeit mit Toleranz, Zivilcourage mit Rücksichtnahme auf den anderen, Führungskraft mit Pflichtbewußtsein, unternehmerische Initiative mit Partnerschaft im Betrieb, Leistungsbereitschaft mit sozialer Verantwortung für den Schwächeren.

81. Wir stehen an einem Scheideweg. Entweder wir gehen in eine perfekt verwaltete aber kalte und deshalb unmenschliche Einheitsgesellschaft, oder wir gehen in eine Gesellschaft, die weiß, daß zur wahren Freiheit Menschlichkeit, Vertrauen und Geborgenheit gehören. Wir fordern die jungen Menschen auf, mit uns am Aufbau einer freiheitlichen und menschlichen Gesellschaft mitzuarbeiten. Wer aussteigt, vergibt sich dieser Chance und verhält sich unsolidarisch.

82. Eine Gesellschaft, die auf dem Prinzip der Subsidiarität aufbaut, ist eine anspruchsvolle Gesellschaft. Wir sind überzeugt, daß die Bürger bereit sind, sich diesem Zuspruch zu stellen, wenn der Staat ihnen nur die Möglichkeit dazu gibt. Viele junge Menschen wollen an einer besseren Welt mitarbeiten, und wir wollen nicht, daß sie resignieren oder flüchten vor der Übermacht der Verhältnisse.